

Münchner Sicherheitskonferenz verändern!



Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik
Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy

Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 12 • Februar 2017

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

„Die sicherheitspolitische Lage in der Welt ist heute so unbeständig wie wohl zu keinem anderen Zeitpunkt seit dem Ende des zweiten Weltkriegs“, sagte **Wolfgang Ischinger** im Vorfeld der Konferenz. Dem wird man leider kaum widersprechen können, aber welche Konsequenzen zieht man daraus? Wenn Ischinger meint, die Welt sei so eine Art „**Wilder Westen**“ und deshalb müsse Europa sich besser verteidigen können, dann will er wohl den genau gleichen *Wildweststil* militärischer Überlegenheit praktizieren, der ja zu dieser Lage geführt hat. Dem müssen wir aus friedensethischen Gründen ein deutliches „**Nein**“ entgegensetzen. Dem Frieden der Welt zu dienen, gibt es andere, glaubwürdigere und nachhaltigere Wege. Das zeigen auch unsere Beiträge zur **Flüchtlingssituation** (→S.5), zur Arbeit **ziviler Friedensdienste** (→ S.6), zur außenpolitischen **Verantwortung** (→ S.1/7), zum **Klimawandel** (→ S.11) und zum neuen **Weißbuch** (→ S.9). Das haben wir auch Herrn Ischinger deutlich gesagt (→ S.4) und das soll auch in den beiden **Side Events** im Rahmenprogramm der Konferenz (→ S.6/8) zum Ausdruck kommen. Leider wurde unserer Forderung, das Friedensgutachten (→ S.10) auf der Konferenz zu thematisieren, nicht entsprochen.

Erwin Schelbert

Das kleine Portrait:

Jürgen Grässlin, Lehrer und Friedensaktivist.



Als Rüstungsgegner wurde er 2016 mit dem Stuttgarter Friedenspreis „Die Anstifter“ ausgezeichnet.

Er ist einer der 3 Sprecher der

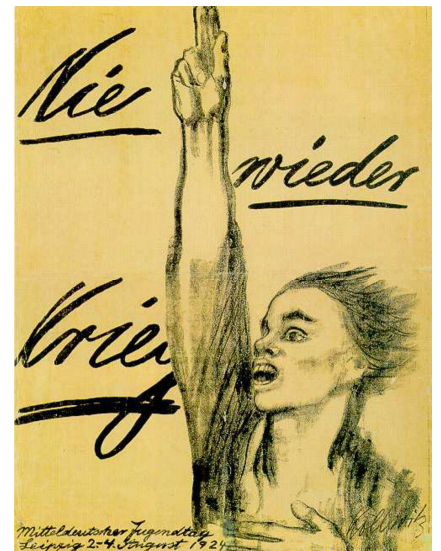
„**Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel**“ und Autor des „**Schwarzbuch Waffenhandel**“. Über den geheim tagenden Bundessicherheitsrat sagte er: „Sie leisten durch ihre Exportgenehmigungen an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten Beihilfe zum Mord.“ In seinen Vorträgen weist er immer wieder auf die Konsequenz hin: „**Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten**“.

„... dem Frieden der Welt dienen!“

Aufgrund der schrecklichen Erfahrung zweier von Deutschland ausgehender Weltkriege, die Not und Tod nach Deutschland brachten, verankerte vier Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs die damalige Generation von Politikern in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland einen klaren Friedensauftrag: Das deutsche Volk sei nun „*von dem Willen beseelt ... als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen*“. Außerdem wurde in Art. 26 die Vorbereitung eines Angriffskrieges verboten und die Produktion von Kriegswaffen unter staatliche Kontrolle gestellt. Ist dieser Friedensauftrag heute nicht mehr zeitgemäß?

So scheint es – z.B. wenn der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, W. Ischinger (zusammen mit dem Franzosen G. Errera) in der Süddeutsche Zeitung vom 03.04.2014 schreibt: „*Deutschland muss seinen Nachkriegspazifismus vollends überwinden und sich noch stärker bei den Krisen engagieren, die immer häufiger vor der Haustür entstehen.*“ Und die Journalistin Sabine Bode – sie befasst sich mit den Nachwirkungen des 2. Weltkriegs bei „*Kriegskindern*“ und „*Kriegsenkeln*“ – warnt vor „*German Angst*“. Bode deutet z.B. den hohen Anteil an 12- bis 17-jährigen Schülern bei den Friedensdemonstrationen 1991 ge-

gen den Irakkrieg als transgenerational weitergegebene Kriegsangst: „*Es handelte sich um die Kinder der 68er Generation; sie hatten kollektiv die Kriegsangst der Eltern übernommen.*“ So wird Pazifismus als Kriegsangst pathologisiert und Kriegsbereitschaft wieder zum Normalzustand erklärt – ganz im Sinne des jahrtausendealten „*Mythos der erlösenden Gewalt*“ (Walter Wink), der als „*Geschichte vom Sieg der Ordnung über das Chaos durch Gewalt*“ auch in vielen Kino- und TV-Filmen vorherrschend ist.



Käthe Kollwitz, Lithografie 1924

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 Dem Frieden der Welt dienen!
- S.3 Unsere Beobachter*innen
- S.4 Gespräch mit Ischinger
- S.5 Flüchtlings- oder Politikkrise?
- S.6 Side Events auf der MSC
- S.7 Verantwortung u. Außenpolitik
- S.8 GFK auf der MSC
- S.9 Weißbuch von 2016
- S.10 Friedensgutachten 2016
- S.11 Klimawandel- Sicherheit
- S.12 Projektziele, Termine

Fortsetzung S. 2 ►

► **Fortsetzung** von Seite 1:

Seit 1949 hat sich die deutsche Politik vom Friedensauftrag des Grundgesetzes immer weiter entfernt. Einige Schlaglichter: Wiederbewaffnung, Bundesministerium für Verteidigung, Kalter Krieg, Bundeswehr, Nationale Volksarmee, allgemeine Wehrpflicht, NATO-Mitgliedschaft, Warschauer Pakt, nukleare Teilhabe, Politik der Abschreckung, Nachrüstung, Sieger im Kalten Krieg – die meisten dieser Begriffe müssten in Führungsstriche gesetzt werden.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs schien die Bundeswehr zunächst ihre Existenzberechtigung verloren zu haben. Denn aufgrund der Demokratisierungs- und Abrüstungspolitik des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow war Abschreckung nicht mehr notwendig. Doch bald schon engagierte sich die deutsche Regierung für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Auf die Interviewfrage des Spiegel vom 20.07.1992, dass *„weder die Bürger noch die Bundeswehr auf solche militärischen Ausflüge vorbereitet“* seien, antwortete der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe: *„Das ist ja meine These. Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“* Aus einer Bundeswehr, deren Zweck darin bestand, im Verbund mit der NATO durch ihre bloße Existenz einen Angriff des Ostblocks abzuschrecken, wurde Schritt für Schritt eine Armee im Einsatz.

Die Reden von Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen bei der Sicherheitskonferenz 2014, in der sie eine *„Neue deutsche Verantwortung“* propagierten, können als weiterer Schritt auf diesem Weg der allmählichen Gewöhnung an die scheinbare Normalität militärischer Mittel gesehen werden. Gauck forderte: *„Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. ... Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. ... Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen, es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip „nein“ noch reflexhaft „ja“ sagen.“*

In der Folge wurden weitere Tabus gebrochen: Erstmals wurden Waffen an eine Kriegspartei in einem Kampfgebiet – die kurdische Peschmerga im Irak – geliefert, erstmals seit der Wende 1990 steigt der Verteidigungshaushalt wieder deutlich an und im neuen Weißbuch des Verteidigungsministeriums wird die Sicherung unseres Wohlstands immer offener zur möglichen Begründung

für Einsätze der Bundeswehr. Wenig überraschend auch, dass Deutschland im Dezember 2016 in der UNO erneut gegen Verhandlungen über ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen stimmte.

Deutschland genießt aufgrund seiner relativ überschaubaren Kolonialgeschichte und aufgrund seiner glaubwürdigen Bearbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit viel Ansehen in der Welt. Die bereits nach dem 1. Weltkrieg formulierte und nach dem 2. Weltkrieg zunächst die Politik in Deutschland bestimmende Forderung *„Nie wieder Krieg!“* ist - wie Umfragen zeigen - im gesellschaftlichen Bewusstsein immer noch stark verankert. Als historisch-psychologisches Erbe zweier Weltkriege könnte diese grundsätzlich pazifistische Haltung eine wichtige Kraftquelle für politisches Handeln darstellen. Deutschland wäre als Zivilmacht für eine Vermittlerrolle in manchen internationalen Konflikten sehr geeignet.

Warum wird die im Grundgesetz verankerte Verantwortung für den Frieden also nicht viel entschiedener wahrgenommen? Politische Instrumente dazu wären vorhanden. Ich denke z.B. an den Zivilen Friedensdienst (ZFD), das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), die Initiative Mediation Support Deutschland (IMSD) oder die Deutsche Stiftung Friedensforschung. Alle diese Projekte benötigten eine stärkere finanzielle Förderung und mehr öffentliche Aufmerksamkeit. So könnte deutlich werden, wie falsch eine Gleichsetzung von Pazifismus und Nichts-Tun ist. Offen ist auch, welche Bedeutung das unter dem Namen PeaceLab2016 gestartete hoffnungsvolle Projekt der Entwicklung neuer Leitlinien der Bundesregierung für Krisenengagement und Friedensförderung nach der Verabschiedung von Außenminister Steinmeier ins Bundespräsidentenamt erhalten wird.

Auch die Münchner Sicherheitskonferenz könnte als Plattform für Begegnung, Dialog und Konfliktbearbeitung dabei eine wichtige Rolle spielen. Dazu müssten die Konferenzverantwortlichen allerdings nicht nur Politikern eine Bühne zur Selbstdarstellung bieten, sondern in einem zweiten Schritt erfahrene Konfliktvermittler auf dem Podium zu Wort kommen lassen. So könnten festgefahrene Fronten aufgelockert, Feindbilder abgebaut und die eigentlichen Bedürfnisse der Völker – z.B. gemeinsame Sicherheit – herausgearbeitet werden.

„Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.“, schrieb George Santayana bereits 1905. Hoffen wir deshalb, dass die deutsche Außenpolitik weiterhin von einem *„Nachkriegspazifismus“* geprägt wird!

Thomas Mohr

Unsere Beobachter*innen auf der Sicherheitskonferenz 2017

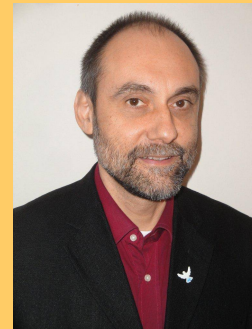
Daniela Dahn:



Daniela Dahn

Daniela Dahn engagiert sich als Publizistin und Schriftstellerin seit Jahren in der Friedensbewegung. In ihrem Buch „*Wehe dem Sieger*“ hat sie eine ernüchternde Analyse des Nato-Angriffskrieges gegen Jugoslawien vorgelegt, der Interessen die zum Ausbruch führten, der zivilen Bombenziele und der damit verbundenen Desinformation, der verheerenden Bilanz, die weder zeitgeschichtlich, noch juristisch, noch rechtsphilosophisch aufgearbeitet ist. Sie ist auf vielen Veranstaltungen gegen die Kriege im Irak und Afghanistan aufgetreten, hat über Gespräche mit fortschrittlichen Rechtsgelehrten im Jemen über die Abkehr vom Terrorismus geschrieben. Die bleibende Verantwortung, Schwerter zu Pflugscharen zu machen und dass Frieden gestiftet werden muss, standen im Mittelpunkt von Vorträgen in Kirchen, Universitäten und Theatern, bei den Hubertusbürger Friedensgesprächen, beim Aachener Friedenspreis, beim internationalen Friedensratschlag in Kassel und auf Tagungen von Ärzten und Juristen zur Verhütung eines Atom-Krieges. www.danieladahn.de

Thomas Mohr:



Thomas Mohr
Psychoanalytiker
Vorsitzender MSKv e.V.

Nachdem ich im letzten Jahr die Friedenskonferenz besucht und mich an der Protestkette durch die Fußgängerzone beteiligt habe, werde ich in diesem Jahr wieder als Beobachter zur Sicherheitskonferenz gehen, inzwischen bereits zum fünften Mal. Ich bin neugierig, wie die Vertreter/innen der neuen amerikanischen Regierung auftreten werden. Außerdem bin ich gespannt, wie die beiden Seitenveranstaltungen unseres Vereins – mit forumZFD und mit DACH e.V. – von den Konferenzteilnehmer/innen angenommen werden. Aber vor allem hoffe ich auf neue Einfälle für eine konkrete Konferenzveränderung. Momentan beschäftigt mich die Idee, ob auf den Konferenzpodien nicht Psycholog/innen bzw. Psychoanalytiker/innen mit einer Prozessbeobachtung einen hilfreichen Beitrag zur Verständigung leisten könnten.

Was unseren Beobachterinnen auf der letzten Konferenz 2016 besonders aufgefallen ist



Mona Hawari

Thematische Schwerpunkte der diesjährigen SiKo waren die Kriege in Syrien und der Ukraine und die Herausforderungen von Flucht und Migration nach Europa. Wie in jedem Jahr tagten über ein ganzes Wochenende ca. 300 Persönlichkeiten der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik und ca. 150 Konferenzbeobachter*innen im Bayrischen Hof. Was vermag die SiKo zu leisten? Ein großer Saal bestückt mit Kameras ist mitnichten ein Verhandlungstisch, an dem Jahre währende Konflikte globaler Dimension gelöst werden könnten. Insofern reproduziert die SiKo im ‚Kleinen‘, was die internationale Politik im Großen vorgibt – zumindest auf den Konferenzebenen, die Konferenzbeobachter*innen zugänglich sind. Der Nutzen der SiKo mag vielleicht eher darin liegen, die geladenen Akteure gemeinsam zu versammeln und ihnen auch informelle Begegnungen zu ermöglichen.



Ruth Aigner

Während im Konferenzplenum das simplifizierende Feindbild des Islamischen Staates einen wiederkehrenden Bezugspunkt bildete, wurde in dem Side Event von forumZFD und MSKv zu Syrien deutlich differenzierter argumentiert. Die syrische Zivilgesellschaft solle eine zentrale Rolle im Friedensprozess erhalten. Kein anderer Akteur kennt die Situation der Zivilbevölkerung vor Ort besser. Humanitären Organisationen ist es an mehreren Orten gelungen, Vereinbarungen zu Schutz und Versorgung der Zivilbevölkerung mit militärischen Akteuren auszuhandeln. Immerhin war Kardinal Marx als Zuhörer dabei.

Wir trauern um unsere liebe Weggefährtin Isolde Teschner *19.6.1936 - 30.1.2017 †

Bei Redaktionsschluss erreicht uns die traurige Nachricht, dass Isolde verstorben ist. Isolde setzte sich seit Anfang der 80er Jahre für die Verbreitung der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg im deutsch sprechenden Raum ein. 1997 wurde sie von ihm als Trainerin zertifiziert. Sie war außerdem seit vielen Jahren Mitglied in Gruppen der Friedensbewegung: FI Christen in der Region München, Salam Shalom e. V., Religions for Peace und Pax Christi. Als Gründungsmitglied der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. war sie seit 2004 im Vorstand aktiv und hat dabei die Arbeit der Gruppe liebevoll mitgestaltet. Ein besonderes Anliegen war ihr die spirituelle Orientierung unseres Wirkens. Dazu hat sie uns in ihrer ganz individuellen, einfühlsamen Art viele wertvolle Impulse gegeben, die auch nach ihrem Tod weiterwirken werden. Dafür sind wir dankbar.



Das Treffen mit Konferenzleiter Ischinger und Kolleg*Innen am 13.9.2016

Die Teilnehmenden von MSC-Seite waren: Botschafter Wolfgang Ischinger, Sara-Sumie Yang, Johannes Schmid (neuer Pressereferent der Münchner Sicherheitskonferenz), Julia Berghofer (Werkstudentin)

Die Teilnehmenden der Projektgruppe: Thomas Mohr, Erwin Schelbert, Ruth Aigner, Anja Ufermann, Isolde Teschner, Gudrun Haas

Impuls (Isolde Teschner): *„Wo aber das Gespräch sich in seinem Wesen erfüllt zwischen Partnern, die sich einander in Wahrheit zugewandt haben, sich rückhaltlos äußern, vom Scheinewollen frei sind, vollzieht sich eine denkwürdige, nirgendwo sonst sich einstellende gemeinschaftliche Fruchtbarkeit. Das Wort entsteht Mal um Mal substantiell zwischen den Menschen, die von der Dynamik eines elementaren Mitsammenseins in ihrer Tiefe ergriffen und erschlossen werden. Das Zwischenmenschliche erschließt das sonst Unerschlossene.“* Martin Buber in „Elemente des Zwischenmenschlichen“, Seite 295

Thomas Mohr würdigt die lange Tradition der Gespräche mit Herrn Ischinger und stellt unser Anliegen heraus, die Friedenspolitik stärker in die MSC zu bringen.

Ischinger betont sein Interesse, Gespräche ernsthaft zu führen und zu differenzieren. Er gehöre nicht zu denen, die der militärischen Intervention das Wort reden. Aber: Eine radikal pazifistische Einstellung scheitere an den realen Bedingungen der Welt. An den Toten in Syrien seien wir durch Nichthandeln mit Schuld. Das sei ein Thema des Westens. Zu den Folgen gehöre das Anwachsen des Rechtsradikalismus. Er sagt, dass die EU in Friedensgesprächen ignoriert würde, weil sie militärisch nicht präsent sei.

Erwiderung **Erwin Schelbert**: *„Die Friedensbewegung ist auch differenziert. Bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es eine lange Geschichte, und dann gibt es angeblich nur noch die ultima ratio. Und deswegen müssen wir frühzeitig zivil handeln. Wir sind ja auch an den Waffenlieferungen beteiligt.“*

Und **Thomas Mohr** ergänzt: *„Pazifismus ist nicht das Gleiche wie Nichts-Tun.“*

Ischinger gibt dann zu, dass man bei der MSC noch mehr tun könne zum Thema Konfliktprävention. Ein Thema, von dem er ein großer Freund sei, sei die atomare Abrüstung.

Erwin Schelbert appelliert an **Ischinger**, auf der Konferenz das Unmögliche zu wagen. *„In den nächsten 30 Jahren sollen 1000 Mrd US \$ für Modernisierung und Ausbau der Atomwaffen ausgegeben werden (Studie des US-Instituts „Center for Nonproliferation Studies“). Und was ist mit Global Zero? Die MSC hat die Möglichkeit Ernst zu machen und durch Thematisierung auf der Konferenz anzumahnen!“*

Ischinger wünscht sich, dass es ihm gelingt, eine Persönlichkeit, die eine internationale Glaubwürdigkeit hat, mit einer Art *Weltgewissen*, eine Art Gandhi, zu finden, damit das Thema Wirkung hat. Das Thema der nächsten MSC wird sein: Auseinandersetzung mit Extremismus in allen seinen Schattierungen. Nicht nur Thema IS, sondern auch jüdischer Extremismus, sowie die extremen Strömungen bei uns.

Mona Hawaris Statement (verlesen): Es sei wichtig, zu sehen, dass die Sicherheitskonferenz nur die Tagespolitik widerspiegele. Dies werde für viele an der öffentlichkeitswirksamen Konferenz besonders deutlich, so dass es dann zu Protesten komme, weil die Bevölkerung mit dieser Außen- und Sicherheitspolitik nicht einverstanden sei.

Und weiter fragt sie Herrn Ischinger und sein Team: *„Warum wagen Sie nicht mehr Kursänderungen in Programm und Ablauf, warum nicht mehr Vertreter*innen internationaler Organisationen, warum nicht weniger Bühne und mehr Konferenz, warum Reproduktion der Verhältnisse statt neuen Input?“*

Ischinger nimmt Monas Anregung zur Kenntnis und bemerkt nur, dass es leichter gesagt als getan sei.

Erwin Schelbert übergibt ein Exemplar des Friedensgutachtens (FGA) 2016 und eine englischsprachige Zusammenfassung zum Abdruck im Munich Security Report. Er berichtet über den Friedensforscher und Terrorismusexperten Jochen Hippler, der auch einer der Autoren des FGA ist und fordert, ihn auf ein Panel zu nehmen.

Ischinger erklärt: *„Wenn eine kritische Masse aus Afrika kommt, wird das auf die Tagesordnung gesetzt. Dann tauchen die Fragen nach den Zöllen und einer anderen Wirtschaftspolitik auf.“*



Die Projektgruppe stellte ihm ihre Vorhaben vor, worauf hin Konferenzleiter **Ischinger** diese begrüßte und sich damit prinzipiell einverstanden erklärte:

- Friedensgutachten im Munich Security Report (wurde leider nicht realisiert)
- Ein Side Event zusammen mit forumZFD
- Ein Side Event zu „Gewaltfreie Kommunikation“
- Beobachter und Beobachterin 2017: Thomas Mohr (Projektgruppe) und Daniela Dahn (benannt von MSKv).
- Vorschlag, M. Gorbatschow auftreten zu lassen, wurde inzwischen wegen „limitierter Kapazitäten“ abgelehnt.

Gudrun Haas

Flüchtlingskrise oder Politikkrise?

Auszüge aus dem Denkanstoß *Flüchtlingskrise und „Wir schaffen das“* der Studiengesellschaft für Friedensforschung

Krieg, Terror, Verfolgung, Diktatur, Korruption, Klimawandel, Naturkatastrophen, Armut und Hunger – seit Jahrzehnten sind Menschen davon bedroht und deshalb auf der Flucht. Die großen Flüchtlingsströme aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und Afrika sind Ausdruck tiefsten menschlichen Leidens und gehören aktuell zu den drängendsten politischen und humanitären Herausforderungen Deutschlands und Europas. Einerseits ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom Dezember 1948 in Artikel 13 und 14 das Recht jedes Menschen verankert, sein Land zu verlassen und im Falle von sozialer oder politischer Verfolgung in einem anderen Land um Asyl anzusuchen – andererseits ist die Integration von Millionen Flüchtlingen eine Aufgabe, die Demokratien in ihrer Stabilität bedrohen könnte. Während zahlreiche Menschen ihre Länder verlassen, um einen Ort zu finden, wo sie in Freiheit und Sicherheit überleben können, sinkt die Bereitschaft in Europa, Flüchtlinge aufzunehmen.

Europa erlebt derzeit die größte Migrationswelle seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Zeiten politisch-ideologischer, demografisch-gesellschaftlicher und kultureller Umwälzungen befinden sich die Menschen der liberalen Verfassungsstaaten Europas in einem Gefühlsmix zwischen „Willkommenskultur“ und „Abschottung“. Den westlichen Demokratien droht eine neuartige Zweifrontenkonstellation: Sie müssen einerseits die Einwanderung meistern und terroristische Bedrohungen abwehren, sehen sich aber andererseits dem Hass derer ausgesetzt, für die beides ein und dasselbe ist. Zunehmend schmieden Demokratiefeinde hieraus eine Waffe gegen die Demokratie, die sie als korrupt und unfähig zur Problemlösung zu diskreditieren suchen. Solchen Tendenzen müssen Demokraten entschlossen entgegen-

treten, um die Freiheit selbst gegen die Verächter zu verteidigen.

Die Gesellschaften in den Aufnahmestaaten stehen dadurch vor bedeutenden Herausforderungen, die über die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum weit hinaus gehen – zumal die desolate Lage in den Herkunftsländern darauf schließen lässt, dass sich viele Migranten für längere Zeit in den Aufnahmeländern niederlassen wol-



len. Die Länder müssen den Flüchtlingen und ihren Kindern bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, in das Bildungssystem und in die Gesellschaft behilflich sein, was jedoch nicht auf Kosten der Unterstützung anderer benachteiligter Gruppen – einschließlich bereits ansässiger Migranten und deren Kindern – geschehen darf. Um diesen Balanceakt erfolgreich zu bewältigen, muss die Bereitstellung von Leistungen wie Unterbringung, psychologische Betreuung, Sprachunterricht und Kompetenzerhebung ebenso ausgebaut werden wie der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung.

Auf alle Fälle aber ist klar, dass sich die Integration, wenn sie erfolgreich verlaufen soll, über Jahre hinziehen wird und die mit ihr verbundenen Herausforderungen nicht mit ein paar Verwaltungsmaßnahmen zu bewältigen sind, sondern Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden auf Dauer intensiv gefordert sein.

Der Westen trägt Mitverantwortung. In Syrien hat er weggeschaut, blieb untätig oder unterstützte gar einseitig. Im Irak war es die herbeigelogene Invasion der Amerikaner 2003 mit ihren verheerenden Folgen, die Gewalt auslöste. In Afghanistan war man nur in Teilen erfolgreich mit dem nation building, dem Versuch, Demokratie und Gesellschaftsformen nach westlichem Muster zu errichten. Allerdings reichen die Wurzeln der Gewalt weiter zurück. Es regierten teils über Jahrzehnte dieselben Herrscher, aber die Gesellschaften sind seit Jahrzehnten zerfressen von Gewalt. Sie war in diesen autokratischen Ländern Herrschaftsprinzip und ist es zum Teil bis heute.

Nicht unterschlagen werden darf neben diesen Gewaltorgien auf Grund von Kriegen, Terrorismus, Verfolgung und Gewaltstrukturen aber auch die globale wirtschaftliche Ausbeutung, insbesondere die des Südens durch den Norden, die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, speziell des Finanzkapitalismus, und schließlich auch der Klimawandel als eine Ursache von Flucht und Migration.

Wir leben in einer Zeit der Schocks und Krisen, die in ihrer raschen Abfolge, in ihrer Verdichtung, etwas Traumatisierendes haben können. Vieles deutet darauf hin, dass wir uns in einer neuen Ära globaler Instabilität befinden. Die große geopolitische Herausforderung unserer Zeit ist die Destabilisierung des Nahen Ostens (mit seinen Flüchtlingsströmen), der europäischen Sicherheitsordnung und der Europäischen Union.

Über diese Probleme müsste dringend auf der Sicherheitskonferenz mit Betroffenen, Friedensforscher*innen, zivilen Fachkräften und Politiker*innen beraten werden.

Zusammenstellung: Erwin Schelbert
studiengesellschaft-friedensforschung.de

Friedensperspektiven auf der Sicherheitskonferenz Gemeinsame Side Events von MSKv und forumZFD

Sollte eine Friedensorganisation auf der Münchner Sicherheitskonferenz auftreten? Diese Frage stellten wir uns im forumZFD, als uns im Sommer des Jahres 2014 die Anfrage der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ (MSKv) erreichte, gemeinsam ein Side Event im Rahmen der Sicherheitskonferenz auszurichten. Erstmals sollte MSKv nicht nur als Beobachter der Konferenz teilnehmen können, sondern einen eigenen Beitrag zum Programm der Konferenz leisten.

Das forumZFD hatte sich nach der 50. Münchner Sicherheitskonferenz sehr kritisch zu den Reden von Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier geäußert, die in unterschiedlichen Tonlagen alle dasselbe forderten: ein stärkeres, nicht zuletzt militärisches, Engagement Deutschlands in der Welt. Mit dem Appell für Friedenspolitik statt Militäreinsätze und einer bundesweiten Unterschriftenkampagne hatte das forumZFD im Jahr 2014 noch für Alternativen geworben. Und nun die Chance, die Erfahrungen der Zivilen Konfliktbearbeitung auf der MSC einzubringen.

Das forumZFD hat sich für die Kooperation entschieden und veranstaltet im Jahr 2017 nun schon zum dritten Mal in Kooperation mit

MSKv ein Side Event auf der MSC. Ausschlaggebend für die Entscheidung war der Grundsatz des forumZFD, mit allen Akteuren in einen Dialog zu treten, auch wenn sie nicht unsere Überzeugungen teilen. Dies verlangen wir schließlich auch von unseren Friedensberaterinnen und -beratern und den Partnerorganisationen in Konfliktregionen.

Mit allen drei Side Events verfolgt das forumZFD das Ziel, Stimmen und Themen der Zivilen Konfliktbearbeitung auf der MSC Gehör zu verschaffen, die im Hauptprogramm der Konferenz weiterhin kaum zu finden sind. Zum ersten Side Event im Jahr 2015 konnte eine libanesische Partnerorganisation ihre Vorschläge zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge in dem kleinen Nachbarland Syriens vorstellen - übrigens einige Monate bevor das Thema Flucht zum Topthema in Deutschland wurde.

Im Jahr 2016 stellte das gemeinsame Side Event die Rolle der Zivilgesellschaft für die Friedensverhandlungen im Syrienkrieg in den Mittelpunkt. Zu diesem Thema diskutierten mit geladenen Teilnehmenden der MSC die Direktorin der Arab Reform Initiative und ehemalige Sprecherin des syrischen Nationalrates Bassma Kodmani, der Leiter einer der größten syrischen Hilfsorganisationen UOSSM Zedoun Al-Zoubi, der Präsident der International Crisis Group und ehemalige Unter-Generalsekretär für Peacekeeping der Vereinten Nationen Jean-Marie Guéhenno und der SPD-Außenpolitiker Niels Annen mit dem Direktor des renommierten Friedensforschungsinstituts SIPRI Dan Smith.



Die Resonanz dieses Side Events reichte über die MSC hinaus: Rund 40 Abgeordnete und Mitarbeitende des Deutschen Bundestages folgten in der darauffolgenden Woche in Berlin der Einladung des forumZFD und der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem Rundtischgespräch zum Syrienkonflikt und der Rolle der Zivilgesellschaft.

Im Jahr 2017 werden wir auf der MSC eine Alternative zu militärischen Missionen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegen vorstellen: Das Konzept der unbewaffneten Schutzbegleitung, wie es unter anderem von der Nonviolent Peaceforce seit mehreren Jahren erfolgreich in Sri Lanka, auf den Philippinen und im Südsudan praktiziert wird.

Christoph Bongard

Leiter Kommunikation des forumZFD

Wir trauern um unseren Friedensfreund Hans Georg Klee *15.3.1959 - 1.5.2016 †

Hans Georg hat sich in der Friedensbewegung insbesondere für Gewaltfreiheit und für Vernetzung engagiert. Mitglied war er u. a. im Versöhnungsbund, bei den Quäkern und in der Partei *Die Linke*. Unter dem Namen „Kriegsrat—Nein Danke“ hat er ein eigenes, ausdrücklich gewaltfreies Demobündnis gegen die Sicherheitskonferenz ins Leben gerufen, dessen Aufrufe wir als Projektgruppe unterstützt haben. Außerdem hat er von 2009 bis 2013 bei der Friedenskonferenz mitgewirkt und dort eine Reihe von Studientagen durchgeführt. Auch mit der Arbeit unserer Projektgruppe hat er sich immer wieder kritisch auseinandergesetzt. Noch im Februar 2016 wirkte er bei unserer Veranstaltung „10 Jahre Dialog mit den Verantwortlichen der Münchner Sicherheitskonferenz – ein Erfolg?“ mit. Dort äußerte er, dass er unserem Ansatz gegenüber „skeptisch, aber nicht ablehnend“ sei. Er sprach sich für „diskrete Gespräche“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit aus: „Es gibt viele Beispiele, wie durch gezielte Gespräche auch Politikerinnen und Politiker, die Einfluss haben, ihre Meinung ändern können und plötzlich Dinge möglich sind, die vorher nicht möglich waren.“ Als Beispiel erinnerte er an das Karfreitagsabkommen in Nordirland. – Die Ideen und Ideale von Hans Georg werden weiterleben!



Verzicht und Solidarität als Verantwortung deutscher Außenpolitik

Weltpolitik im Jahr 2017 kann nur verstehen, wer begreift, dass die weltpolitisch dominante Einflussgröße das Streben nach „mehr Wachstum“ ist. Alle Großmächte streben nach diesem „Mehr“ – und dies in einer Welt endlicher Ressourcen, die unter den Auswirkungen dieser Unterwerfung der Natur unter die materielle Gier des Menschen unübersehbar leidet. Die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation ist vor diesem Hintergrund besehen groß und schon längst befinden wir uns im weltweiten Kriegszustand aller gegen alle mit Blick auf die Ausdehnung ökonomischer Einflussphären. Dies geht mit Cyber- und Informationskriegen einher, inzwischen mit einer neuen Qualität von Propagandakrieg und wir stehen am Anfang eines großen weltweiten Finanz-, Handels- und Währungskrieges, an dessen Austrag nicht allein staatliche Akteure beteiligt sind. Sicher, einzelne Staaten können dem Gesamtsystem nicht entkommen, jedoch im Rahmen des vernünftig Möglichen einer weiteren Eskalation entgegenwirken.

Besteht in dieser Lage eine besondere Verantwortung Deutschlands für die Gestaltung der internationalen Beziehungen und falls ja, wie lässt sich diese begründen und wie könnte eine verantwortliche Politik gestaltet sein? Wichtig ist dabei zunächst die besondere ökonomische Machtposition Deutschlands innerhalb Europas anzuerkennen und zugleich die entscheidende Tatsache auszusprechen, dass Deutschland von der relativen Schwäche des Euro (im Vergleich zur D-Mark) in besonderer Weise mit Blick auf den nationalen Außenhandelsüberschuss profitiert. Der Zusammenhalt der EU zerbricht auch an der deutschen Weigerung, die Regeln des ökonomischen Spiels so zu gestalten, dass nicht immer schon klar ist, dass Deutschland in besonderer Weise von der zwischenstaatlichen Kooperation profitiert.

Deutsche Europapolitik sollte daher zuvorderst solidarische Politik sein und sich für eine echte europäische Wirtschafts- und Fiskalunion entscheiden. Wir sollten unseren Reichtum und das ökonomische Potential mit den anderen europäischen Partnern vergemeinschaften und gemeinsam – zum Schutz der Demokratie – darauf achten, auch innerhalb der europäischen Gesellschaften die Entwicklung der Privatvermögen gerechter zu gestalten und zu besteuern. Parallel dazu gilt es die Wirtschaftsbeziehungen zu den abhängigen Staaten des globalen Südens ebenfalls gerechter zu

gestalten und die eigenen Bevölkerungen auf das Ende einer Ära unendlicher Wohlstandsmehrung vorzubereiten und eine Philosophie der Suffizienz und des Guten Lebens zu entwickeln, die Spielräume schafft, den offensichtlichen globalen Ungerechtigkeiten offensiv entgegenzuwirken und darüber die sogenannten „Krisen“-Regionen der Erde zu stabilisieren. In einem weiteren Schritt sollten wir uns dafür entscheiden, unsere Freiheit und Demokratie zwar im äußersten Fall wehrhaft gegen äußere und innere Feinde verteidigen zu können, doch wir sollten darauf verzichten, Demokratie und Freiheit durch den Einsatz militärischer Instrumente in der Welt durchsetzen zu wollen. Und selbst im Fall eines sich ereignenden Völkermords oder Verbrechens gegen die Menschlichkeit sollten wir nicht jenseits unserer Landesgrenzen intervenieren, wenn hierzu kein Mandat des UN-Sicherheitsrats vorliegt.

Die Unterminierung des Völkerrechts darf sich nicht fortsetzen und wir müssen stattdessen darauf hoffen, dass sich die Weltöffentlichkeit zunehmend von jenen Staaten abwenden wird, die Völkermorde und Gewalt durch Veto-Politik ermöglichen. Wenn es uns im Laufe der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts gelingt, die europäische Demokratie zu retten und ein solidarisches Miteinander aller Europäer in Frieden und einer mit der Natur versöhnten Freiheit vorzuleben, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich im Laufe der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auch andere Weltregionen wieder diesen Ideen zuwenden werden und zwar nicht von uns und von außen erzwungen, sondern von den Völkern der Erde selbst herbeigeführt.

Deutsche Verantwortung besteht also gegenwärtig zuvorderst in vier Formen des Verzichts: Erstens den Verzicht auf die Fortsetzung einer unsolidarischen Wohlstandsmehrung zu Lasten europäischer Partner, zweitens den konsequenten Verzicht auf die Fortsetzung der kolonialen Situation und die Ausbeutung des globalen Südens mit modernen Methoden, drittens den Verzicht auf militärische Interventionen, die nicht vom UN-Sicherheitsrat mandatiert sind und schließlich viertens im Verzicht auf das Festhalten am Wachstums-Dogma, das angesichts der planetaren Grenzen ohnehin nicht mehr zukunftsfähig ist und den Ausbruch verheerender internationaler Konflikte in letzter Konsequenz unausweichlich macht.

Dr. Ulrich Roos, PD
Friedens- u. Konfliktforschung Uni Augsburg

Innehalten auf der Suche nach neuen Wegen der Verständigung – Gewaltfreie Kommunikation auf der Sicherheitskonferenz

In Tagen wie diesen kann es einem schwer fallen, das (sicherheits-) politische Geschehen zu verfolgen – etwa zu hören, wie andere sich dazu äußern oder zu sehen, welche politischen Strategien umgesetzt werden. Hier bleibt manch eine und manch einer ratlos zurück und fragt sich vielleicht, wohin das alles führen mag.

Derweil könnten wir innehalten und die Welt durch eine andere Brille sehen und etwas Neues wagen: Mitfühlend mit uns selbst und denjenigen zu sein, die als (politische) Gegner erlebt werden.

Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) nach Marshall B. Rosenberg, ein Kommunikations- und Reflexionsmodell, kann dabei unterstützen, auf Menschen einzugehen, die ganz andere Vorstellungen von Sicherheitspolitik oder internationaler Zusammenarbeit haben, ohne die eigenen Anliegen aufgeben zu müssen. Auch wenn es exotisch erscheinen mag, das geht überall, auch auf der Sicherheitskonferenz.

Wie wäre es, die Geschichten und Vorurteile über andere hinter uns zu lassen (und uns selbst) und den anderen, auch unseren größten Feind, als Menschen mit Bedürfnissen wahrzunehmen, die er bzw. sie durch all sein Tun und Sagen erfüllen möchte?

Denn auf der Ebene der Bedürfnisse gibt es keine Konflikte, sie werden mit allen empfindenden Wesen geteilt. Konflikte entstehen auf der Ebene von „Strategien“. Man ist mit dem Gesagten, der Entscheidung oder Handlung eines anderen nicht einverstanden. Da Menschen oftmals nicht mit Ihren Bedürfnissen verbunden sind, äußern sie sich oder handeln auf eine Weise, dass die Bedürfnisse nicht unbedingt auf den ersten Blick sichtbar werden.

Auch wenn wir im Einzelnen mit der Wahl dieser Strategien nicht einverstanden sind, kann der Perspektivwechsel doch bewirken, stereotype Sichtweisen wie „die Rechten“, „die Kriegstreiber“ zu hinterfragen und den Blick wieder freizugeben und zu öffnen für die Menschen, die dahinter stehen, Menschen mit Bedürfnissen wie wir.

Bei den folgenden Beispielen lässt sich hinter die möglichen verborgenen Bedürfnisse hinter den gewählten Strategien blicken:

- Eine Bundesregierung, die die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes beschließt, kann man als eine Gruppe von Menschen betrachten, die so für ihre Bedürfnisse nach Autonomie, Freiheit und Frieden sorgt.
- Politiker, die ausländische Soldaten an der polnischen Ostgrenze stationieren, glauben eventuell, sich auf diese Weise für Frieden, Sicherheit und Wirksamkeit einzusetzen.



Beispiele für Bedürfnisse:
Sicherheit, Frieden, Wertschätzung, Zugehörigkeit, Klarheit, Harmonie, Verständnis, Schutz, Wirksamkeit, Liebe, Ruhe, Anerkennung usw.

Verstehen heißt nicht, einverstanden sein – doch ein tieferes Verständnis kann zu Verständigung führen. Verständigung, die sich vermutlich viele für die Sicherheitskonferenz wünschen.

„Wenn wir dieses Konzept darauf anwenden, wie wir andere sehen, werden wir erkennen, dass wir keine echten Feinde haben: Was andere (mit uns) tun, ist deren bestmöglicher Ausdruck, sich die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen. Wir können ihnen dabei helfen, dies auf eine wirkungsvollere, weniger schädliche Weise zu tun, aber wir werden sie nicht dafür beschuldigen, beschämen oder hassen, dass sie nicht so sind, wie wir es erwarten.“ (Marshall B. Rosenberg: Die Sprache des Friedens sprechen)

Diesem Konzept wird beim Side-Event „International relations in times of insecurity - new insights through Nonviolent Communication“ nachgegangen - am Freitag, 17.02.2017, 15 bis 17 Uhr im Literaturhaus, veranstaltet von der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. und D-A-CH (deutsch sprechende Gruppen für Gewaltfreie Kommunikation e.V.).

Dank an die Projektgruppe MSKv, dass sie erreicht hat, dass die Gewaltfreie Kommunikation auf der MSC ein Forum bekommt.

Macht - Verantwortung - Werte ? - Das Weißbuch von 2016

Kennen Sie das „Prinzip eines atmenden Personalkörpers“ und wissen Sie, dass er „bedarfsgerecht anzupassen“ ist? Und dass nur mit ihm eine „strukturelle Resilienz und personelle sowie materielle Anpassungsfähigkeit ... im Hinblick auf neue Operationsräume Ausdruck“ finden können? Nein?

Nun, was sich hinter diesem sprachlichen Ungetüm verbirgt, wird heraufbeschworen, „wenn sich die sicherheitspolitische Lage und damit die Anforderungen an die Bundeswehr ändern.“

Und das, so weiß es das „Weißbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ sei nunmehr der Fall! Und dieses Thema soll alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche durchdringen, wie es der inflationäre Gebrauch der Begriffe *Sicherheitspolitik* und *Vernetzung* verspricht.

Die inhaltlichen Widersprüche sowie die Differenz zwischen dem Selbstverständnis Deutschlands und seiner eigentlichen Rolle in der westlichen „Sicherheitsarchitektur“ erschließen sich, wenn man hinter die blendenden Wortfassaden dieses Textes schaut.

Erinnern wir uns an das Papier „*Neue Macht – Neue Verantwortung*“, das als Vorlage für die Reden Gaucks, Steinmeiers und von der Leyens bei der MSC 2014 diente. Das findet nunmehr im Weißbuch 2016 seine Fortsetzung. Expressis verbis werden „*deutsche Führung und Verantwortung*“ für notwendig erklärt. Doch wenn es heißt „*Deutschland nimmt in Sicherheitsfragen gegenseitige Abhängigkeit in Kauf*“ wird sichtbar, dass sich hinter „*Verlässlichkeit und Bündnistreue*“ (v.d.Leyen) letztlich Unfreiheit und Hörigkeit gegenüber der NATO und ihrer Führungsmacht USA verbergen. So lässt sich „*Verantwortung*“ übersetzen mit Zwang zur Teilnahme an den amerikanischen Militärinterventionen, die, nachweislich meist ohne UN-Mandat, gegen das Völkerrecht verstoßen. An vier Kriegen im Balkan nahm Deutschland teil. In 16 Ländern steht seine „*multifunktionale*“ und „*adaptionfähige*“ Bundeswehr! Aus diesen Attributen spricht ein klares Bekenntnis zur bereits vollzogenen Umwandlung der Verteidigungsarmee in eine Interventionsarmee!

Die wiederholte Betonung der Bindung an die transatlantische Partnerschaft beinhaltet zudem implizit die deutliche Abgrenzung gegenüber dem östlichen Nachbarn Russland. So wird auch explizit vor den Bedrohungen gewarnt, die angeblich von dem „*globalen Anspruch*“ Putins ausgehen und die die Ausweitung der NATO sowie die Ausübung von Ma-



növern in unmittelbarer Grenznähe erforderlich machen. Angesichts solcher Herausforderungen benötige die Bundeswehr „*die bestmögliche Ausrüstung*“, weshalb „*eine eigenständige, leistungsfähige und wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie in Europa einschließlich der nationalen Verfügbarkeit von Schlüsseltechnologien ... unverzichtbar*“ sei. Was hier „*Durchlässigkeit zwischen Bundeswehr und Wirtschaft*“ genannt wird, bedeutet schlicht: die Lobby der Rüstungsindustrie entscheidet.

Ebenso lassen sich auch die deutschen Rüstungsexporte in Kriegsgebiete aus der *Vernetzung* von politischen und wirtschaftlichen Interessen erklären!

Ist das alles vereinbar mit den *Werten*, die die Verantwortungsträger_innen so gerne im Munde führen: Menschenwürde, Demokratie, Menschen- und Völkerrecht sowie das Friedensgebot? Zwar verweist man im Absatz *Deutschlands Werte und sicherheitspolitische Interessen* als letztes hinter den eigentlichen die Sicherheitspolitik bestimmenden Fakten auf „*das Friedensgebot nach Artikel 26 GG*“. Doch so verloren wie der Artikel hier wirkt, so sehr wird er auch verletzt!

Angesichts des Säbelgerassels in diesem Papier erscheint die Bemerkung, dass „*die Ausrichtung auf präventive Problemlösung*“ Vorrang habe, wenig glaubwürdig, denn über zivile Krisenprävention weiß das Weißbuch wenig, und wenn, dann nur in „*Vernetzung*“ mit militärischen Instrumenten; und gar nichts weiß es über gewaltfreie Konfliktbearbeitung, die militärische Gewalt langfristig überflüssig machen könnte.

Unser Appell an die MSC: sie möge ihre *Verantwortung* für den Weltfrieden an der Stärke des Rechts und an den *humanitären Werten* orientieren und ihre *Macht* dafür nutzen, sie auch gegen wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen.

Das Friedensgutachten von 2016 - Fluchtursachen in den Fokus

Das jährliche „*Friedensgutachten*“ wird von den deutschen Friedensforschungsinstituten seit 1987 herausgegeben, in den letzten Jahren mit einer Förderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF). Es wird in der Regel Ende Mai oder Anfang Juni in Berlin bei der Bundespressekonferenz, den einschlägigen Ministerien, im Bundestag und der Zivilgesellschaft vorgestellt.



Das Friedensgutachten 2016 stellt das Thema „*Fluchtursachen in den Fokus: Verantwortung übernehmen*“ in den Vordergrund. Ein zweiter Schwerpunkt behandelte das Problem der neuen Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, das seitdem durch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten noch einmal an Dringlichkeit gewonnen hat. Beide Themen sind offensichtlich friedenspolitisch und für die Friedensforschung von hoher Bedeutung:

Die politische Debatte in Deutschland und Europa wird seit dem Sommer 2015 von der „*Flüchtlingskrise*“ bestimmt - von der Flucht von fast einer Million Menschen nach Westeuropa und der Reaktion darauf. Auch wenn sie in Teilen der Gesellschaft eine Welle xenophober Eiferung auslöste, so war sie doch wichtig: Einmal ist die Massenflucht, insbesondere aus Syrien, dem Irak und aus Afghanistan Teil einer großen menschlichen Tragödie, die aus den jeweiligen Kriegen entspringt. Die Kriegsgewalt und die humanitären Kriegsfolgen haben Situationen außergewöhnlichen Leidens nach sich gezogen, die ganze Gesellschaften traumatisierten - der Hintergrund der Massenflucht. Zugleich kam es in Europa zu einer Diskussion über politische Lösungsmöglichkeiten, die sich zwischen den Polen „*Abschottung*“ und „*Bekämpfung der Fluchtursachen*“ bewegt. Das Friedensgutachten 2016 rückte daher die Frage der Fluchtursachen ins Zentrum, ohne die anderen Aspekte von Flucht und Vertreibung auszugenzen.

Der Grundansatz einer Bekämpfung der Fluchtursachen ist sicher angebracht. Wer „*Obergrenzen*“ für Flüchtlinge einführen oder die Aufnahme ganz verweigern möchte, während Kriege und Unterdrückung die Menschen weiter zur Flucht ins Ausland zwingen, wird kaum mehr erreichen, als die Flüchtlinge zwischen den verschiedenen aufnahmeunwilligen Ländern hin und her zu verschieben. Wer also den Zuzug von Flüchtlingen begrenzen will, muss auch dafür sorgen, dass die Notwendigkeit der Flucht entfällt, anstatt Politik gegen Flüchtlinge zu betreiben. Frontex-Chef Fabrice Leggeri brachte das so auf den Punkt: „*Solange das Morden in Syrien weitergeht, kommen Flüchtlinge.*“ Diese Erkenntnis ist kaum zu bestreiten - und bedeutet, dass es prinzipiell nur drei Möglichkeiten gibt: **(1)** die Flüchtlinge aufzunehmen und die damit verbundenen praktischen, organisatorischen und finanzielle Probleme zu lösen; **(2)** die Flüchtlinge ungeachtet der humanitären Folgen auszusperren und damit mitverantwortlich für deren Leiden zu werden; und **(3)** die Ursachen der Flucht zu bekämpfen und so die Flüchtlingszahlen zu vermindern.

Die dritte - sinnvolle - Option ist aber nicht ohne Probleme. Erstens lassen sich zentrale Fluchtursachen, etwa Bürgerkriege und systematische Unterdrückung, oft nur sehr schwer und sehr langfristig bekämpfen, insbesondere durch Dritte. Deshalb ist eine Bearbeitung der Fluchtursachen zwar richtig und notwendig, darf in ihrer Wirksamkeit aber nicht überschätzt werden. Zweitens bedeutet diese Einschränkung, dass die Bekämpfung der Fluchtursachen kurz- und mittelfristig nicht dazu taugt, die Flüchtlingszahlen zu steuern oder zu reduzieren.

Eine Bearbeitung der Fluchtursachen ist nicht nur nötig, sondern dringlich. Aber dabei handelt es sich um eine dauernde Aufgabe, die präventiv am sinnvollsten ist und nur selten kurzfristige Erfolge verspricht. Um die Erfolgchancen zu erhöhen, wäre eine systematische Auswertung der Schwierigkeiten und Fehlschläge der Versuche des letzten Vierteljahrhunderts sinnvoll, um best practices zu identifizieren und die Lücken im Instrumentarium zu schließen. Gleichzeitig sollte weiter und noch nachdrücklicher humanitäre und infrastrukturelle Hilfe für die betroffenen Menschen in der Region geleistet werden - soweit möglich in Syrien selbst, aber auch für die Flüchtlinge in den Nachbarländern. Die kann das Flüchtlingsproblem nicht lösen, ist aber humanitär nötig und wird zugleich einen der push-Faktoren etwas reduzieren. All diese Maßnahmen stellen allerdings keine Alternative zu einer praktikablen und menschlichen Aufnahmepolitik in Europa dar, die die Aufnahme regelt und organisiert und die Integration in die Aufnahmeländer stärker betont - sie können und müssen diese allerdings ergänzen.

Dr. Jochen Hippler, PD, Uni Duisburg-Essen
 Autor und Mitherausgeber des Friedensgutachtens
www.friedensgutachten.de

Klimawandel - Sicherheit - Aufrüstung

Im letzten **Munich Security Report**, der zur Sicherheitskonferenz 2016 herausgegeben wurde, war zu lesen: *„Der Klimawandel ist eine dringende und zunehmende Bedrohung für unsere nationale Sicherheit und trägt zu erhöhten Naturkatastrophen, Flüchtlingsströmen und Konflikten über grundlegende Ressourcen wie Nahrung und Wasser bei. Die nationale Sicherheitsstrategie der USA, ebenso wie 70% aller Staaten weltweit, werten den Klimawandel ausdrücklich als nationale Sicherheitsbedrohung!“*



Auch die deutsche **Bundesregierung** nennt den Klimawandel schon länger *„eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“*, seine Bewältigung sei *„eine zentrale außenpolitische Aufgabe“*. Das Ergebnis einer explizit für die G7-Staaten angefertigten Studie lautet: Der Klimawandel ist eine der zentralen Bedrohungen für die Sicherheit im 21. Jahrhundert.

Es gibt eine Reihe weiterer Warnungen von wissenschaftlichen Gremien und Studien, u.a. die des **„Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“** (WBGU), der sein schon 2007 veröffentlichtes Gutachten zu der Problematik explizit unter das thematische Leitmotiv: *„Sicherheitsrisiko Klimawandel“* stellte. Der Beirat kommt in diesem Bericht zu dem Ergebnis, dass die Folgen des Klimawandels für Mensch und Gesellschaft von erheblicher konflikt- und sicherheitspolitischer Brisanz sind und dass möglicherweise auch mit kriegerischen Auseinandersetzungen zu rechnen ist.

Schließlich analysiert auch eine Studie der **Bundeswehr** 2014 die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf die Sicherheit, da diese nach derzeitigem Stand der Wissenschaft *„die größten Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit haben.“*

Das 1,5-Grad-Ziel, also eine Begrenzung der Erderwärmung um höchstens 1,5 Grad im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten, ist nach Expertenaussagen nicht mehr zu erreichen. Schon heute beobachten wir eine Erwärmung um 1,2 Grad bei immer neuen globalen Temperaturrekorden. 2014, 2015 und 2016 waren in Folge jeweils das heißeste jemals gemessene Jahr!

Angesichts dieser dramatischen Verschärfung der Auswirkungen des Klimawandels ist die Unfähigkeit kapitalistischer Regierungen zur Lösung dieser ökologischen Krise umso schlimmer. Am Beispiel der USA zeigt sich, dass

zwar immer wieder vor den Gefahren des Klimawandels gewarnt wurde, Anpassungen gab es in der Folge aber vor allem im militärischen Bereich durch Aufrüstung.

Drastische Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasemissionen aber blieben beim größten Emittenden weitgehend aus.

Eigentlich wäre es ja erfreulich, wenn der Klimawandel nicht mehr geleugnet, sondern seine Gefahren endlich erkannt und ernst genommen würden. Aber entscheidend ist dann, welche Konsequenzen daraus gezogen werden. Und die können nur

bedeuten: Drastische Maßnahmen der **Prävention** zur Vermeidung des Temperaturanstiegs durch **Klimaschutz**, massive Formen der Prävention zur Anpassung im Sinne von Katastrophenvorsorge und intensive internationale **Entwicklungszusammenarbeit**.

Völlig unangemessen und geradezu kontraproduktiv erscheint es dem gegenüber, zu glauben, **mit militärischen Mitteln** die durch den Klimawandel gefährdete Sicherheit aufrechterhalten zu können und deshalb massiv aufzurüsten.

Schon in der **Antwort der Bundesregierung** (2008) auf die Empfehlung des WBGU, die Militärhaushalte zu Gunsten des Klimaschutzes zu kürzen bzw. umzuschichten, wird deutlich, wie wenig sie vom Ernst der Lage begriffen hat und von ihrem militärischen Sicherheitsdenken abzubringen ist. Da heißt es: *„Umschichtungen des Haushalts des Bundesverteidigungsministeriums zugunsten anderer Haushalte sind deshalb aus militärpolitischer Sicht vor dem Hintergrund stetig wachsender Herausforderungen für die Bundeswehr ... angesichts des bereits knappen Mittelansatzes nicht hinnehmbar.“*

Die geplante Aufstockung des Militäretats auf 2% des BIP, wie sie auch **Wolfgang Ischinger** mit der Bemerkung, Europa müsse *„sicherheitspolitisch erwachsen werden“*, gefordert hat, würde nahezu eine Verdopplung der Ausgaben für die Bundeswehr bis 2025 (ca. 70 Mrd €) bedeuten.

Wenn dann der Leiter der Sicherheitskonferenz in einem Interview mit der **„WELT“** im Januar 2017 im Zusammenhang mit Syrien sagt: *„Putin hat gezeigt, wie grundfalsch es ist, zu sagen: Es kann keine militärische Lösung geben. Ich wünsche mir, dass kein verantwortlicher deutscher Politiker diesen Satz wiederholt.“*, ist kaum zu hoffen, dass von der Sicherheitskonferenz friedensfördernde Impulse ausgehen.

Erwin Schelbert

Damit es Frieden in der Welt gibt, müssen die Völker in Frieden leben.

*Damit es Frieden zwischen den Völkern gibt,
dürfen sich die Städte nicht gegeneinander erheben,*

*Damit es Frieden in den Städten gibt,
müssen sich die Nachbarn verstehen.*

*Damit es Frieden zwischen den Nachbarn gibt,
muss im eigenen Haus Frieden herrschen.*

*Damit im Haus Frieden herrscht,
muss man im eigenen Herzen Frieden finden.*

Laotse



Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.

Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog. Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising und arbeitet bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung zusammen. Ferner kooperieren wir mit der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) und dem Regionalforum ZFD Südbayern und arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.



Termine der Friedenskonferenz und im Umfeld (www.friedenskonferenz.info)

**Donnerstag, 16.Feb.2017, 19:30, Podiumsgespräch
„Neue deutsche Verantwortung?“**

U. Roos, C. Hauswedell, H.Maull, C. Rungius, T. Mohr
Veranstalter: MSKv und Petra-Kelly-Stiftung
Movimento München, Neuhauser Str. 15

Freitag, 17.Feb.2017, 19:00, (Einlass 18:00)

Forum der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit Daniela Dahn, Harald Welzer, Elsa Rassbach
Altes Rathaus, Marienplatz, München

Samstag, 18.Feb.2017, 9:30-12:30 Gesprächsforum mit den Referent*innen des Vorabends
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64, Ludwig-Koch-Saal

Samstag, 18.Feb.2017, 13:00 Stachus
Kundgebung und Demo gegen die Sicherheitskonferenz
Schlusskundgebung, 15 Uhr, Marienplatz

Samstag, 18.Feb.2017, 18:30 (Einlass 18:00)

**Friedensethik – Friedenspolitik
Mit Kirchen und Gewerkschaften im Gespräch**
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

Sonntag, 19.-Feb.2017, 11:30

Friedensgebet der Religionen
Eine-Welt-Haus, Schwanthalerstr. 80

Sonntag, 19.Feb.2017, 15 Uhr, Podium
„Was bedeutet die neue US-Präsidentschaft für die europäische Friedens- und Sicherheitspolitik?“
u.a. mit D.Dahn, Beobachterin MSKv
Künstlerhaus 8, www.petrakellystiftung.de

Spenden: Wir brauchen die Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit, also von Ihnen. Das kann durch ideelle und durch finanzielle Förderung geschehen: Ihre Spende an uns ist steuerlich absetzbar.

Impressum: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Hanna Brocks, Isolde Teschner

Schubaurstr. 10 b, 81245 München, Telefon 089/88952871, Email: vorstand@mskveraendern.de, www.mskveraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.1.2017

ViSdP Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München, IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMMXXX

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co, 100% Recyclingpapier, FSC-Siegel, klimaneutral